

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 92 (S. 198): Städtische Kita mit 24 Stunden Öffnungszeit – Gebühren, Personal und Sachkosten (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wir wissen, die Arbeitswelt hat sich auch in unserem Land und in unserer Stadt verändert. Sie geht in den Abend hinein, es gibt Schichtbetrieb, im Einkauf sogar bis 22:00 Uhr. Aber die Betreuungszeiten für Ganztageseinrichtungen sind so geblieben, wie sie schon immer waren. Wir sind der Meinung, dass wir hier eine Änderung vornehmen sollten. Ich weiß auch, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen darüber nachdenken, dass es richtig wäre, etwas zu tun. Wir haben vorgeschlagen, dass das eine städtische Kita sein soll, die Stadt soll sich federführend engagieren.

Natürlich können wir auch darüber sprechen, ob wir mit allen Trägern zusammen ein gemeinsames Projekt machen. Wichtig ist aber, dass wir nicht ignorieren, dass gerade verlängerte Arbeitszeiten im Einkauf ganz besonders Frauen betrifft, und die Betreuung von Kindern ist nach wie vor in unserer Gesellschaft sehr stark bei der Frau angesiedelt, also wäre es auch ein Beitrag zur Gleichstellung, damit Beruf und Familie vereinbart werden kann.

Stadträtin Mußnug (CDU): Natürlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch ein Anliegen der CDU-Fraktion. Man muss nur ganz klar auf die Antwort der Verwaltung schauen. Sie formuliert es hier ziemlich drastisch: weder sinnvoll noch umsetzbar. Aus zwei Gründen: Zum einen bestünde nach den Erhebungen kein Bedarf, und zum anderen dürfen die Bedürfnisse der Kinder nicht vergessen werden. Das sind die beiden Punkte, die unsere Fraktion dazu veranlassen, hier der Verwaltung zu folgen. Wenn noch kein Bedarf besteht, brauchen wir die Schaffung nicht, insbesondere da wir der Auffassung sind, dass das Kindeswohl bzw. die Bedürfnisse der Kinder anders gewichtet sind und man sich nicht nur ausschließlich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren darf.

Deswegen gehen wir hier mit der Verwaltung.

Stadträtin Melchien (SPD): Diesem Antrag zu einer 24-Stunden-Kita können wir so heute nicht zustimmen. Wir wären als Fraktion allerdings sehr offen, das in einem Fach-

gremium sehr ausführlich zu diskutieren. Für uns stellen sich sehr viele offene Fragen, z. B. wie wird das Ganze in anderen Städten, die das schon haben, umgesetzt. Welche Erfahrungen wurden schon konkret gemacht? Wie negativ oder auch positiv waren sie? Welche Konzepte wurden jeweils zugrunde gelegt?

Natürlich ist für uns auch klar, es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und trotzdem steht auch für unsere Fraktion das Kindeswohl an erster Stelle. Wir wollen gerne im Jugendhilfeausschuss die Debatte führen und ausführlicher denkbare Wege miteinander erörtern, um am Ende differenziert entscheiden zu können, ob wir für so etwas sind oder dagegen.

Auf der Grundlage dessen, wie wir das bisher behandelt haben, können wir das jetzt noch nicht leisten.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin anschließen, möchte aber noch einen Aspekt betonen.

Ich sehe auch eine gewisse Gefahr, dass durch die 24-Stunden-Kita der Druck auf Frauen und Familien wächst, eben auch Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die eigentlich nicht vertretbar sind für ein förderliches Familienleben. Ich denke z. B. an einen Bereich, den Herr Fostiropoulos genannt hat, die verlängerten Öffnungszeiten der Geschäfte. Da ist es sinnvoller, dass die Frauen nicht diese Arbeitszeiten bekommen, die bis spät in die Nacht hineingehen, aber auch im Klinikum bei den Krankenschwestern, dass sie eben in der Zeit, in der sie kleine Kinder haben, nicht die Nachtdienste absolvieren müssen. Das ist vielleicht für die anderen Beschäftigten etwas kritisch zu bewerten, aber ich denke, wenn wir wollen, dass auch förderliche Bedingungen für Familien und für kleine Kinder bestehen, dann sollten wir – es sei denn, dass wir bei Diskussionen feststellen, es muss gehandelt werden – doch eher zurückhaltend sein, was 24-Stunden-Kitas anbelangt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte Frau Rastätter beipflichten bei dem, was sie gerade gesagt hat. Ich bin ja selbst Vater zweier kleiner Kinder, und wir müssen uns einer Sache sehr bewusst sein. Wenn wir so eine Möglichkeit schaffen, verändern wir auch ein Stück weit unsere Gesellschaft. Ich habe mal im Fernsehen einen Bericht über die USA gesehen, da ist inzwischen alles 24 Stunden geöffnet, auch die Kitas, auch McDonald's, alles. Die Frauen sind 24 Stunden bei der Arbeit, und die Kinder werden morgens um vier – total müde – in die Kita gebracht. Ich möchte das als Vater nicht. Deswegen meine ich, wir sollten uns diese Sache sehr genau anschauen, bevor wir so etwas einführen, denn wenn das Angebot da ist, wird es wahrgenommen werden, und mehr und mehr Frauen werden nachts arbeiten, obwohl sie kleine Kinder haben. Das ist, denke ich, nicht im Sinne der Kinder und auch nicht im Sinne unserer Gesellschaft.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Noch einen Satz, Herr Oberbürgermeister, und dann einen entsprechenden Vorschlag, den ich aufgreifen will.

Zunächst: Gute Arbeitszeiten wollen wir auch, das ist ganz klar, aber wir müssen von der Realität ausgehen, und die ist so. Frauen arbeiten abends und nachts, vor allem im Verkauf, das ist so, und deshalb müssen wir auf diesen Fakt reagieren. Wenn wir dann zurückdrehen können, dass es bessere Arbeitsbedingungen gibt, dann können wir auch

die 24-Stunden-Kita, die wir vielleicht machen, auch wieder zurückfahren. Aber im Moment ist es so, wir müssen erst einmal auf die Situation reagieren.

Wir würden gerne den Vorschlag der Kollegin Melchien aufgreifen. Wenn wir jetzt das sozusagen in Jugendhilfeausschuss überweisen, um das ernsthaft zu debattieren, dann würden wir den Antrag jetzt erst einmal zurückziehen.

Der Vorsitzende: Wir diskutieren gerade, ob man einen Haushaltsantrag verweisen kann. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass Sie einen Antrag für den Jugendhilfeausschuss stellen. Sie wollen wissen, welche Vergleichsstädte usw. Geben Sie uns bitte so einen Katalog an die Hand, und dann wissen wir, was wir vorbereiten müssen, und dann diskutieren Sie das dort einmal.

Wenn Sie damit einverstanden sind, können wir **heute auf die Abstimmung verzichten**.

(...)